

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 41 35. Jahrg.

13. Oktober 1922

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2,3 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 40 Mk.

**Redaktion:**

Hans Ronsger, Berlin N 24, Eisebstr. 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24; Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkenditz-Liepsig, Augustastr. 9-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 30 - Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 15 - Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 5 - Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten*

**Inhalt:**

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Ergebnisse der Oktoberlohnverhandlungen. Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften. Rundschau. Die allgemeine wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung des Papierfaches. - **Allgemeines:** Die Existenzverhältnisse auf Kuba Ortsbericht Saalfeld a. d. Saale. - **Der Betriebsrat:** Der Ausschuß des ADGB gegen den Reichsbetriebsrätekongreß. **Der photograph. Mitarbeiter:** Was ist zu tun? - **Die Tapetenbranche:** Der revidierte Formstechertarif. - **Totenliste.** - **Anzeigen.**

**Bekanntmachungen.**

**An alle Orts- und Gauvorstände**

erging unterm 27. September Rundschreiben Nummer 5. Das Rundschreiben enthält eine Übersicht der vom 1. Oktober ab zur Auszahlung gelangenden Unterstützungen. Damit der Verband vor Schädigungen bewahrt bleibt, bitten wir um dringende Beachtung der im Rundschreiben gemachten Angaben.

Sollte das Rundschreiben Nummer 5 irgendwo nicht eingetroffen sein, so bitten wir um Mitteilung, damit Zusendung noch einmal erfolgen kann.

**Graphische Presse Nr. 37 vom 15. Sept. 22 gesucht.**

Intolge Zusammentreffens einer Reihe von Umständen ist die Nummer 37 der „Graphischen Presse“ vom 15. September 1922 bis auf das letzte Exemplar vergriffen. Da im allgemeingewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interesse oft Ersuchen an uns ergehen, einzelne Exemplare unserer „Graphischen Presse“ abzugeben und solche Wünsche für Nummer 37 vorliegen, bitten wir eventuell überschüssige Exemplare in den Mitgliedschaften an unsere Adresse gelangen zu lassen.

**Der Verbandsvorstand.**

**Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften.**

Nachdem der Nürnberger Verbandstag zusagen die mehr innerorganisatorischen Zeit- und Streitfragen des Verbandes einer Klärung zugeführt hatte, stieg er in die Behandlung der Aufgaben der deutschen Gewerkschaften ein. Die Sachlichkeit und der Weitblick, die auch die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes auszeichnete, führten die große Linie, die dem Verbandstag von seinem Beginn an den Stempel gab, in gerader Aufwärtsbewegung fort. Die vielgestaltigen Probleme, die der Gang der Entwicklung den Gewerkschaften zur Lösung hingeworfen hat, wurden in den Kreis der Erörterungen gezogen und ihren Zusammenhängen nachgespürt. Da jedoch alle Betrachtung der Dinge verschieden ist, nicht das Ding an sich, sondern der Schein der Dinge die Grundlage des Reflexes in unserm Denkvermögen ist, ist alle Betrachtung subjektiv. Und schon aus diese subjektiven Betrachtung der Umwelt entspringen mit Naturnotwendigkeit die unterschiedlichen Wertungen in der Bedeutung der festgestellten Erscheinungen, die sich zu direkten Gegensätzen ausweiten können, sobald mit Hilfe des Denkvermögens aus den reflektierten Erscheinungen der Schluß auf ihre zukünftige Wirkung gezogen wird. Nur aus dieser verschiedenartigen Reflexion

**Ergebnisse der Oktoberlohnverhandlungen.**

Am 9. Oktober trat die Lohnverhandlungskommission für das Lithographie- und Steindruckgewerbe und am 10. Oktober die für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer- und Lichtdrucker zusammen. Vorauf gingen die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe, die erst durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums zum Abschluß gebracht werden konnten. Wie bei den letzten bisher verfloßenen Lohnverhandlungen war es unsern Unterhändlern auch diesmal nicht möglich, über den Abschluß der Buchdrucker hinaus zu kommen. Auch die vom Reichsarbeitsministerium für das Buchdruckgewerbe vorgesehene Laufzeit des Abkommens von 4 Wochen konnte trotz nachdrücklichstem Verlangen unserer Gehilfenvertreter nicht reduziert werden. Es erhalten demnach alle Gehilfen im:

**Lithographie- und Steindruckgewerbe ab 7. bis 20. Oktober.**

Im Alter von	in Orisklassen.		
	0 u. 7 1/2 %	15 %	20 u. 25 %
18 - 21 Jahre	820 Mk.	860 Mk.	900 Mk.
21 - 24 "	870 "	910 "	950 "
über 24 "	920 "	960 "	1000 "

**Ah 21. Oktober bis 3. November.**

Im Alter von	in Orisklassen:		
	0 u. 7 1/2 %	15 %	20 u. 25 %
18 - 21 Jahre	330 Mk.	345 Mk.	360 Mk.
21 - 24 "	350 "	365 "	380 "
über 24 "	370 "	385 "	400 "

*Lehrlinge erhalten mindestens:*

im 1. und 2. Lehrjahre	Mk. 70.-
3. 4 "	140.-

Diese Vereinbarungen haben Geltung bis 3. November. Dann folgen die bekannten Bestimmungen.

**Für Chemigraphie-, Licht- u. Kupferdruck wurde vereinbart,**

daß für die Zeit vom 7. Oktober bis 20. Oktober

Gehilfen bis zum 21. Jahre	Mk. 900.-
von 21 bis 24 Jahren	950.-
über 24 Jahre	1000.-

für die Zeit vom 21. Oktober bis 3. November

Gehilfen bis zum 21. Jahre weitere	Mk. 360.-
v. 21 b. 24 Jahr. weitere	380.-
über 24 Jahre weitere	400.-

neue Teuerungszulage erhalten.

Die Lehrlinge erhalten

im 1. Lehrjahre	Mk. 320.-
2. "	340.-
3. "	490.-
4. "	520.-

wöchentlich.

der Dinge, nur aus der den Menschen durch seinen Werdegang aufgetroffenen subjektiven Betrachtungsmöglichkeit stammen die verschiedenartigen Beurteilungen ein und derselben Erscheinung, die uns auch als Klassengenossen auf Grund unserer physischen und auch psychischen Beschaffenheit so oft in Gegensätze hineintreiben. Wir betonen diese von keinem Menschen zu bestreitende, auf Jahrtausende hin relativ sein werdende Betrachtung der Dinge um deswillen besonders, weil es uns den Anschein hat, als wenn aus der Not der Zeit eine neue Welle der persönlichen Verunglimpfung ob verschiedener Betrachtung und deshalb auch Beurteilung der Umwelt in der Arbeiterschaft geboren werden sollte.

Die verschiedene, die subjektive Betrachtung der Dinge und die daraus resultierenden verschiedenen Schlußfolgerungen kamen, was ganz natürlich ist, bei Behandlung des Punktes 6 der Tagesordnung des Verbandstages am schärfsten zum Ausdruck. Der zu Beginn des Verbandstages gefaßte Beschluß, einem Kollegen als ersten Diskussionsredner mit verlängerter Redezeit die Möglichkeit zu geben, den gegenteiligen Standpunkt darlegen zu können, konnte nicht aufrecht erhalten werden, weil sich drei Richtungen ergaben, die auf Grund ihrer Betrachtung, wie in der Beurteilung der Auswirkung der Erscheinungen grundsätzlich verschiedene Auffassungen besaßen. Der Verbandstag war deshalb in rechter Erkenntnis loyal genug, bei Beurteilung so wichtiger Dinge alle Auffassungen ausreichend zu Worte kommen zu lassen, damit die Beschlußfassung auch eine dem Verbandsentsprechende sein konnte.

Die Auffassung der Mehrheit der Verbandsleitung über die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften und ihre Mittel und Wege zur Lösung dieser Aufgaben brachte Kollege Haß zum Vortrag. Nach Kollegen Haß kam Kollege Landa (Berlin) zum Wort, dem Kollege Tittel (Stuttgart) mit längerer Redezeit folgte.

Es ist unmöglich, die Gedankengänge dieser drei Kollegen über die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften im Rahmen dieses Artikels kurz zusammenzufassen. Auch die geplante Veröffentlichung dieser drei Reden in der „Graphischen Presse“ muß wegen Raummangel unterbleiben. Was aber nicht unterbleiben darf, ist das eingehende Studium gerade dieses Verhandlungspunktes des Verbandstages durch die Kollegen. Das Verbandsprotokoll, das in Kürze die Schnellpresse verläßt, enthält im Wortlaut diese drei Reden, die jedem Kollegen, der die Absicht hat, sich in diese Probleme zu vertiefen, Führer sind und vor allen Dingen auch aufzeigen, wie die Lösung der den Gewerkschaften gestellten Aufgaben nicht möglich ist.

Das eine sei aber im Rahmen dieser Besprechung, die als der Schluß unserer Berichterstattung über den Verbandstag erscheint, hervorgehoben, daß einheitliche Meinung auch in unsern Kreisen darüber besteht, daß die vorkriegszeitliche Hauptaufgabe der Gewerkschaften, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft den Arbeitern ausreichende Lohn- und Existenzverhältnisse zu sichern, durch den

Gang der Entwicklung an zweite oder dritte Stelle gedrängt worden ist. Man erkennt, daß die Mitwirkung der Arbeiter an der Gestaltung des Wirtschaftslebens sich nicht auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse in Kollektivverträgen beschränken darf, sondern daß vielmehr die Durchorganisierung der Wirtschaft mit gesetzlich gesichertem Einfluß der Arbeiter eines der nächsten Ziele der Gewerkschaften ist. Daneben steht die Sicherung der Republik, nicht nur als Prinzip, sondern als geeigneter Kampfboden, die Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in eine sozialistische Gemeinwirtschaft durchzusetzen. Diese Forderungen, neben den Forderungen auf Ausbau der sozialen Schutzgesetzgebung, sind aber trotz ihres wirtschaftlichen Kleides eminent politische insofern, als mit Hilfe der Gesetzgebung die veränderte ökonomische Struktur auch im gesellschaftlichen Überbau ihren Reflex finden soll. Bewußt greifen deshalb auch die Gewerkschaften in den politischen Kampf ein, der nur als Klassenkampf sich äußern kann. Denn auch die Gewerkschaften wissen, daß zwar alle politischen Kämpfe Klassenkämpfe sind, aber alle Emanzipationskämpfe von Klassen, trotz ihrer notwendigen politischen Form, sich schließlich um ökonomische Emanzipation drehen.

Das ist das Wesentliche, gewissermaßen das Merkmal unseres Nürnberger Verbandstages, daß er auch für unsere Organisation nach außen hin grundsätzlich bekannt hat, daß die freien Gewerkschaften über den bisher für sie gültigen, vorkriegszeitlichen Rahmen hinausgewachsen sind. Manchem Kollegen mag dieses Bekenntnis als Nebensächlichkeit angesichts des harten Ringens um die Möglichkeit der Existenz erscheinen. Aber gerade weil die gegenwärtige Zeit mit ihren ständig zu führenden Lohnverhandlungen und ihren sonstigen ungeheuren wirtschaftlichen Nöten den Blick für die sich vollziehenden großen Umänderungen zu verschleiern droht, ist auf solch tiefgehende geistige Umstellungen besonders hinzuweisen. Die täglichen Ereignisse sind von so viel Beiwerk umrankt und der heutige Kampf ums Dasein dreht sich so ausschließlich um materielle Dinge, daß der geistige Kampf, das Erkennen was ist, als Grundlage allen Fortschrittes überhaupt, besonders in der Arbeiterschaft nicht mehr hoch im Kurs steht. Das ist sehr bedauerlich und muß geändert werden! Die Verhandlungen unseres Verbandstages, und besonders die Beratung des Punktes 6, „die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften“ stachen durch ihre hohe Sachlichkeit und das ernste, tiefe geistige Ringen um die Probleme der Zukunft vorteilhaft von diesem Allgemeinzustand der Arbeiterschaft ab und legten die Grundlage dafür, daß die Stellung des Verbandes in folgenden fast einstimmig angenommenen Entschlüssen niedergelegt werden konnte:

„Der Verbandstag wiederholt sein Bekenntnis, alle Kräfte des Verbandes für die Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in eine sozialistische Gemeinwirtschaft einzusetzen. Bis zur Erreichung dieses Zieles erhält der Vorstand die Aufgabe, auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse die bestmöglichen Existenzbedingungen für die Mitglieder zu erkämpfen. Zur Konzentration der Kräfte haben die Vertreter des Vorstandes im Bundesausschuß dahin zu wirken, daß die Berufsverbände, deren Organisationsgebiet vorwiegend in der gleichen Industrie liegt, sich zu Industrieverbänden zusammenschließen.“

Die Mitwirkung der Arbeiter an der Gestaltung des Wirtschaftslebens darf sich nicht auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse in Kollektivverträgen erschöpfen. Der Verbandstag fordert vielmehr die Durchorganisierung der Wirtschaft mit gesetzlich gesichertem Einfluß der Arbeiterschaft. Bis zur Verwirklichung dieser Institutionen hält der Verbandstag die Beteiligung und Mitwirkung in den Arbeitsgemeinschaften für zweckdienlich und notwendig.

Der Verband ist unter Ausschluß parteipolitischen Zwanges zu führen. Verzicht auf wirtschafts-

und sozialpolitische Betätigung ist damit nicht ausgesprochen. Die organisatorische Trennung der Verbandsmitglieder nach politischen Fraktionen und auch die Teilnahme an Sonderkonferenzen und Betätigung innerhalb des Verbandes nach parteipolitischen Direktiven ist unvereinbar mit dem Geist des Verbandes und dem Statut.“

„Die Dauerkrise des Kapitalismus zwingt die Gewerkschaften zu der Erkenntnis, daß die Lohn-erhöhungspolitik heute nicht mehr zum Ziele führt, weil die Erfahrung beweist, daß trotz aller Erhöhung der Löhne der Reallohn immer mehr sinkt. Die Welt der Arbeitnehmer nicht im Arbeitsverhältnis auf, sondern ihr Interesse liegt in der gesamten Wirtschaft und im gesellschaftlichen Leben des Staates selbst. Aus diesen Gründen müssen die Gewerkschaften aus den einzelnen Lohnkämpfen des engen Berufskreises herausgehoben werden, um in Massenkämpfen der Industrieorganisationen und in allgemeinen Aktionen des ADGB mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln und in Verbindung mit den sozialistischen Parteien das Wirtschaftsleben und die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Dieser Weg ist bereits beschritten in den Aktionen beim Kapp-Putsch, nach den Attentaten auf Erzberger und Rathenau und der darauffolgenden Beratung und Beschlußfassung der Schutzgesetze für die deutsche Republik. Der Kampf auf dieser Linie ist energischer als bisher fortzusetzen, weil nur dadurch eine Rettung der Wirtschaft möglich ist und die weitere Verelendung aller Besitzlosen aufgehalten werden kann. Die Revolution und die völlig veränderten Verhältnisse stellen die Gewerkschaften vor diese höheren geschichtlichen Aufgaben, die sie nur in ihrer Gesamtheit zu lösen vermögen. Diese Aufgaben liegen nicht nur in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, sondern ihr Ziel muß sein die Beseitigung dieser kapitalistischen Wirtschaft und der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.“

Mit dieser Betrachtung sei, wie schon erwähnt, unsere Berichterstattung über den Verbandstag geschlossen, obwohl noch nicht aller gefaßten Beschlüsse gedacht ist. Aber da das Protokoll vom Verbandstage in allernächster Zeit zur Ausgabe gelangt, können die übrigen noch gefaßten Beschlüsse darin nachgelesen werden. Uns kam es ja auch nur darauf an, in kritischer Betrachtung das Wesentliche der Verbandstagsarbeit in den Vordergrund zu schieben, um den Kollegen ohne das Beiwerk ein Urteil zu ermöglichen, was der Verbandstag geleistet hat. Und wir glauben, daß die Gesamtkollegenschaft nach Kenntnisnahme der wesentlichsten Arbeit, die der Verbandstag geleistet hat und nach eingehender Schilderung der Art, wie diese Arbeit geleistet worden ist, in unser Urteil einstimmt, was wir gleich nach Schluß des Verbandstages fällten: So soll es sein.

Aber damit kann es nicht sein. Bewenden haben. Die Beschlüsse sind nicht gefaßt worden, um nach außenhin sich in schöner Positur zu befinden. Die Beschlüsse des Verbandstages sind für alle in unserem Verband organisierten Kollegen Richtlinien zur Leistung ihrer Tagesarbeit. Die Verbandstagsbeschlüsse stehen gleich den statutarischen Bestimmungen! Das scheitern viele Kollegen und ganze Mitgliedschaften noch nicht zu wissen, sonst könnten nicht so oft Beschlüsse in diesen Kollegenkreisen gefaßt werden, die den Beschlüssen des Nürnberger Verbandstages vollständig gegensätzlich sind. Die Nürnberger Beschlüsse haben für die Verbandsleitung ihre Gültigkeit und die Verbandsleitung hat den Verband nach diesen Beschlüssen unter Beachtung der statutarischen Bestimmungen zu führen. Diesen Beschlüssen gegensätzlichen Wünschen kann die Verbandsleitung nicht Rechnung tragen. Anders hörte ja auch jede Wirksamkeit des Verbandes auf. Und wenn selbst diese Kollegen der Verbandsleitung gegenüber mit Drohungen auftreten, wird an dieser Tatsache nichts geändert. Denn jedes Mitglied ist verpflichtet, sich den Satzungen und satzungsgemäßen Beschlüssen zu unterwerfen. Wir betonen das um deswillen besonders, weil verschiedene geglaubt wird, solche Bestimmungen bestehen nur für den alten Fritz.

Möge diese Mahnung am Schlusse unserer Berichterstattung die Wirkung auslösen; daß eine einheitliche und geschlossene Kollegenschaft hinter den Beschlüssen des Verbandstages steht, damit diese Beschlüsse in der gewollten Weise auch zum Segen der Kollegen ausschlagen.

## Rundschau.

**Karl Kaiser, Steindrucker, gesucht!** Der Steindrucker Karl Kaiser, Buchnummer 51 800, zuletzt in Mannheim beschäftigt, hat sich einer Reihe Verleumdungen schuldig gemacht, die die Mitgliedschaft Mannheim veranlaßt, die Kollegenschaft um Angabe der Adresse des Kaiser zu bitten; desgleichen vor ihm auf das dringendste zu warnen. Die Mitgliedschaft Mannheim ersucht, die Adresse des Kaiser an Kollegen Wilh. Kumm, Kassierer der Mitgliedschaft, Mannheim, Beistr. 17 IV gelangen zu lassen.

**Ein altes, rühriges Verbandsmitglied** der Zahlstelle Glogau ist mit unserem Kollegen, dem Steindrucker Anton Bartsch, aus unseren Reihen geschieden. Im nicht ganz vollendeten 57. Lebensjahre stehend, gehörte er seit über 43 Jahren in der gleichen Firma dem Berufe an. Am 1. Januar 1885 in den damaligen „Senetelder-Bund“ eingetreten, nahm er stets regen Anteil am Organisationsleben. Länger als 7 Jahre, von 1911 bis 1918, war er Kassierer der Zahlstelle Glogau. In letzter Zeit von einem unheilbaren, schweren Darmleiden gequält, dessen Anfänge er auf einen vor 28 Jahren erlittenen Betriebsunfall zurückführte, schied er nach mehrmonatlichem Krankenlager freiwillig aus dem Leben.

**Ein Arbeiter-Friedenskongreß.** Der Internationale Gewerkschaftsbund, dem 24 Landeszentralen mit einer Gesamtmitgliederzahl von 20 Millionen Arbeitern angehören, wird vom 10. bis 15. Dezember im großen Saal des Tiergartens (Dierentuin) in Haag, Holland, einen Weltfriedenskongreß veranstalten.

Er hat beschlossen, diesem Kongreß den Charakter einer weltumfassenden Demonstration für den Frieden zu geben.

Um sämtliche Kräfte für eine wirksame Friedensaktion zu konzentrieren, hat der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, außer den angeschlossenen Gewerkschaften auch die Zweite Sozialistische Internationale (London), die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (Wien), dem Internationalen Genossenschaftsbund, die Russische Gewerkschaftszentrale und alle für den Frieden wirkende Organisationen einzuladen, welche die vom Internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom im April 1922 angenommene Resolution gegen Krieg und Militarismus gutheißen.

**Zusammenschluß zum Baugewerksbund.** Eine am 24. September zu Berlin abgehaltene Konferenz des Zentralvorstandes, des Verbandsbeirats und der Gauleiter des Töpferverbandes beschloß einmütig den Anschluß an den Baugewerksbund zum 1. Januar 1923. Die genannten Körperschaften hatten von dem letzten Verbandstag der Töpfer, abgehalten im Herbst 1920 zu Meißeln, die Vollmacht erhalten, diesen Anschluß zu vollziehen. Der Beschluß bedeutet für den Töpferverband die Ausführung der aus dem letzten Gewerkschaftskongreß beschlossenen Resolution Dißmann. Die Angestellten des Töpferverbandes werden vom Baugewerksbund restlos übernommen. Als Obmann der Gruppe wurde der derzeitige Vorsitzende des Verbandes, Genosse Leopold Bartsch, eingesetzt.

**Zur Landtagswahl in Sachsen.** Eine am 1. Oktober abgehaltene Konferenz der Bezirks- und Gruppenleiter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm einen Antrag an, worin die Redaktionen der Gewerkschaftsblätter ersucht werden, in allen bis zum 5. November erscheinenden Zeitungen auf der ersten Seite in auffälliger Schrift Aufrufe für die sächsischen Landtagswahlen zu bringen. Für eine besondere Partei soll nicht agitiert werden, sondern für die Wahlpflicht der Gewerkschafter im allgemeinen.

**Vorsicht bei Arbeits- und Anstellungsverträgen für Rumänien.** Verschiedentlich haben rumänische Firmen der Metall- und Elektroindustrie versucht, in Deutschland Monteure, Elektriker usw. nach Rumänien zu locken. In den von ihnen vorgelegten Verträgen findet sich eine Klausel, wonach sich die als „Unterbeamte“ Angestellten verpflichten müssen, „keiner Gewerkschaft und keinem Arbeitersyndikat beizutreten und sich von jeder Arbeiterbewegung fernzuhalten“.

Die Anerkennung solcher Klausel bedeutet nichts geringeres, als den Verzicht auf die letzte Möglichkeit, sich gegen Unrecht und Vergewaltigung zu schützen. Die rumänische Arbeitsrechtssprechung bietet keine hinreichende Gewähr dafür, daß der Arbeiter, noch dazu der ausländische, der die Sprache des Landes nicht kennt, in Arbeitsstreitigkeiten zu seinem Rechte kommt. Begibt er sich nun auch noch des Schutzes der zuständigen rumänischen Gewerkschaft, dann steht er der Willkür vertragsbrüchiger Unternehmer völlig schutzlos

gegenüber. Und es gibt solcher Unternehmer in Millionen in Hülle und Fülle.  
Also Vorsicht beim Abschluß von Arbeitsverträgen!

**Zum Kapitel der Papierpreissteigerung.** Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß sich die Papierfabriken noch mit Papierholz zu billigeren Preisen zu gedeckelt haben, was sie in den Stand setzen könnte, das Papier auch billiger, zu annehmbaren Preisen, abzugeben. Aus fast allen Waldgebieten Deutschlands, wie Sachsen, Schlesien, Ostpreußen, Schwarzwald (Neustadt) usw., sickert noch dazu immer mehr durch, daß schon lange große Mengen Papierholz in den Wäldern lagern, die zum größten Teile bereits Eigentum der Papierfabriken sind. An Hand der Auszeichnungen des Holzes mit Buchstaben kann das mit Leichtigkeit festgestellt werden. Man hat also nicht Lagerräume und Lagerplätze genug, um das in unheimlichen Mengen noch zu annehmbaren Preisen gehamsterte Holz unterzubringen. Das Papier wird aber zu „jeweiligen Tagespreisen“ verkauft, die sprunghaft in die Höhe klettern, nur weil der Dollar steigt, nicht aber, weil die Gestehungskosten sich erhöht haben.

**Aus dem Auslande.**

**Löhne in Großbritannien 1914-1922.** Die Labour Gazette, Band 30, Nummer 3, veröffentlicht einen ausführlichen Artikel über Veränderungen der Löhne in dem Zeitraum vom Juli 1914 bis Februar 1922. Aus den mitgeteilten Einzelheiten ergibt sich, daß sowohl die tatsächlichen Beträge der seit 1914 vorgekommenen Lohnänderungen wie deren prozentuale Ausmaß (gemessen an den Vorkriegslöhnen) sehr verschieden sind. In einigen Fällen, wie zum Beispiel im Kohlenbergbau mancher Bezirke, waren die im Februar 1922 gezahlten Löhne um nicht mehr als 20 v. H. höher als im Juli 1914. In anderen Fällen, namentlich bei den schlechter entlohneten Arbeitern verschiedener Industrien, macht die Erhöhung 150 v. H. aus, ausnahmsweise sogar 200 v. H. und mehr. Eine genaue Berechnung der durchschnittlichen Lohnerhöhung in allen Berufsarten ist auf Grund des vorliegenden Materials zwar nicht möglich, aber schätzungsweise kann angenommen werden, daß die Löhne im Februar 1922 ungefähr doppelt so hoch waren als kurz vor dem Einsetzen der Lohnkürzungen, waren die Löhne im Durchschnitt um etwa 170 oder 180 v. H. gestiegen. Die durchschnittliche Lohnkürzung in der Zeit vom Januar 1920 bis Februar 1922 ist mit rund 25 bis 30 v. H. anzunehmen. Bemerkenswert ist, daß sich die Angabe des britischen Arbeitsministeriums nur auf kollektive Lohnänderungen beziehen, während Änderungen der Einzellöhne nicht in Betracht gezogen werden. Da kollektive Lohnänderungen in der Regel nur in Berufen vorkommen, deren Arbeiterschaft organisiert ist, muß ferner angenommen werden, daß in den nichtorganisierten Berufen die Lohnerhöhungen von Kriegsbeginn bis zu Anfang des Jahres 1900 weniger ausgiebig waren. Endlich kommt in Betracht, daß sich die vorstehenden Angaben auf Löhne für die volle Arbeitszeit beziehen, und daß viele Arbeiter infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedeutende Lohnausfälle erlitten. Die Kosten der Lebenshaltung waren vom 1. Februar 1922 um 88 v. H. und am 1. März um 86 v. H. höher als am 1. Juli 1914.

**Die allgemeine wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung des Papierfaches.**

Vor der Berliner Mitgliedschaft hielt Kollege Fab am 21. September einen Vortrag über „Die allgemeine wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung des Papierfaches.“ Zusammengefaßt war der Inhalt der zwei-stündigen Rede folgender:

Es herrscht Einigkeit in der Welt, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands eine äußerst schwierige geworden ist. Unerträglich ist der Zustand für alle Lohn- und Gehaltsempfänger und verzweifelt ist die Lage der Sozialrentner, der Armengeldempfänger, der kleinen Rentner und ähnlicher Schichten.

Staatsmänner und Gelehrte haben bisher keinen Ausweg gefunden und so müssen denn wir als Arbeiter uns noch viel mehr mit den Dingen beschäftigen, um selbst einen Ausweg zu finden.

Der Zustand der Weltwirtschaft ist verworrener denn je und die soziale Lage der einzelnen Nationen ist im weiteren Sinken begriffen.

Der Hungersnot in Rußland sind Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Das österreichische Volk ruft einen Nothschrei nach dem andern in die Welt hinaus und nun folgt Deutschland auf der abschüssigen Bahn und zieht andere Länder hinter sich her. Zuletzt werden auch die Mächte der Entente davon betroffen. Trotz oder durch den hohen Währungsstand liegt in der Tschecho-Slowakei ein großer Teil der Industrie still.

Es bewahrheitet sich also, was die deutschen Gewerkschaften in ihrer Eingabe an die Weltkonferenz in Genua voraussagten:

„Aber weder Eroberungen noch Verträge haben den Nationen den erhofften Wohlstand gebracht. Die Gläubigerländer werden an der Erfüllung ihrer Forderungen nicht reich. Indem sie zahlungs-schwache Schuldner gewonnen, haben sie ihre besten Käufer verloren. Was an Schuldzinsen in ihr Land strömt, verlieren sie um ein Vielfaches durch die Stockungen ihres Warenabsatzes. Die Arbeiterschaft der Schuldnerländer, die unter den schwersten Entbehrungen und Einschränkungen ihres notwendigen Lebensbedarfes schwere Arbeit leistet, erkennt mit Schmerz und Bitterkeit, daß all ihre Leiden niemanden in der Welt nutzen, daß mit dem Zusammenhang der Weltwirtschaft auch die Arbeitersolidarität zerrissen ist, daß der Ertrag ihres Schweißes nicht Erneuerung und Aufbau ist, sondern Not und Arbeitslosigkeit ihrer Arbeitsbrüder in anderen Ländern.“

Wenn wir uns nach Abwehr und Hilfe aus diesen Zuständen umsehen wollen, müssen wir uns über den Stand der deutschen Wirtschaft unterrichten. Wir müssen die Ursache der Not ebenso kennen wie die Wirkung, die der verlorene Krieg ausgeübt hat.

Alles hat seine eigenen Gesetze, so auch jede Wirtschaft, die dort entsteht wo die Menschen planmäßig ihre Bedürfnisse befriedigen.

Das Ideal der Wirtschaft hat Aristoteles schon vor 2000 Jahren dahin gekennzeichnet, daß es erreicht ist, wenn die Maschine die Arbeit verrichtet und der Mensch nur die Früchte dieser Arbeit genießen kann. Von diesem Idealzustand trennt uns noch ein weiter Weg.

Heute dreht es sich in Deutschland um den Kampf für die nackte Existenz.

Im Augenblick ist keine Voraussetzung gegeben, daß eine Sozialisierung möglich wäre. Rußland hat bewiesen, daß eine sozialistische Insel im kapitalistischen Meer nicht bestehen kann und deshalb würde eine Sozialwirtschaft auch in Deutschland nicht lebensfähig sein.

Heute lautet das Tagesproblem: Wie verbessern wir die deutsche Wirtschaft, weil nur dann die deutsche Arbeiterschaft die notwendige Menge Brot finden kann.

Wie sah die deutsche Wirtschaft vor den Kriegen aus?

1. Unser Überseehandel durch die eigene Handelsflotte, der Besitz unserer Kolonien, ein Export von Waren und ein Export von Geld, der als ausländische Kapitalsanlage reiche Zinsen brachte.
2. Die Förderung und Ausbeutung der beiden wichtigsten Rohstoffe in Deutschland, Kohle und Eisen aus eigenem Besitzstand. Mit der Veredlung dieser Rohprodukte zu hochwertigen Industrieerzeugnissen, wurden die Mittel zur Beschaffung der Lebensmittel gewonnen.
3. Ein ausgebautes Verkehrs- und Zollsystem, das nicht nur die deutsche Warenerzeugung schützte, sondern auch das Fundament der Einnahmen des Reiches war.

Der Friedensvertrag von Versailles hat alle diese Faktoren systematisch zerstört, denn er bedingt:

1. die Auslöschung der Schlacht- und Handelsflotte. Der Auslieferung der Schlachtflootte weinen wir deutschen Arbeiter keine Träne nach, dagegen trifft uns die Auslieferung der Handelsflotte um so schwerer, als wir noch für fünf Jahre jährlich 200 000 Tonnen neue Handelsschiffe bauen müssen, die ohne Entgelt der Entente geliefert werden müssen.
2. sind uns die Kolonien geraubt und
3. haben wir alles private Eigentum im Auslande verloren.

Damit sind die Voraussetzungen für eine gesunde Wirtschaft gefallen. Der Zustand erschwert auch die Existenz der Arbeiterschaft, da zwei Drittel in Handel und Industrie arbeiten. Noch schwerer trifft uns mit dem Verlust wertvollen deutschen Gebietes der Verlust von Rohstoffquellen. Von unserer hochwertigen Steinkohle müssen wir fünf lange Jahre hindurch jährlich 20 Millionen Tonnen abliefern. Mit den übrigen ausländischen Verpflichtungen die wir haben, bleiben der deutschen Wirtschaft heute nur noch 60 Millionen Tonnen Kohle im Jahre gegenüber 110 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Diese Mengen reichen für die Bedürfnisse der deutschen Industrie nicht aus. Es kommt hinzu, daß auch die Förderung nachgelassen hat, trotzdem mehr als 100 000 Bergarbeiter neu eingestellt wurden. Die Förderung der Steinkohle, die im Jahre 1913 190,1 Millionen Tonnen betrug, erreicht im Jahre 1921 nur eine Förderung von 145,4 Millionen Tonnen. Etwas günstiger ist das Ergebnis der Förderung der Braunkohle. Im Jahre 1913 wurden 87,2 Millionen Tonnen, im Jahre 1921 123 Millionen Tonnen gewonnen. — Noch turchtbarer ist der Verlust des zweiten Rohstoffes, des Eisens. Im Jahre 1913 bezogen wir 75 Prozent der gesamten Förderung aus Elsaß-Lothringen, die jetzt Frankreich zugefallen ist. Im Jahre 1913 wurden in Deutschland gefördert 19,29 Millionen Tonnen; im Jahre 1921 5,75 Tonnen. Die Förderung des Zinkes ist durch den Verlust Oberschlesiens noch weiter zurückgegangen. Im Jahre 1913 förderten wir 281,1 Tausend Tonnen; im Jahre 1921 90 Tausend Tonnen. — Wenn wir

zu diesen Verlusten die Ablieferungen auf Grund des Friedensvertrages, an Maschinen, Vieh und sonstigem Material hinzu rechnen, kann man ruhig behaupten, daß die deutsche Wirtschaft den Boden für ihre Existenz verloren hat, weil sie zu allen diesen Opfern noch die Reparationslasten tragen soll, die insgesamt 132 Milliarden Goldmark, zuätzlich 5 Millionen Gold für die belgische Kriegsschuld, betragen. Bisher haben wir 11 1/2 Milliarden Goldmark in bar bezahlt, von denen uns leider nur 6 1/2 Milliarden angerechnet worden sind. Nach dem Diktat von London und Cannes sollten wir jährlich 3,3 Milliarden in Gold zahlen, die zuletzt abgeändert worden sind in 720 Millionen Gold in bar und 1450 Millionen Gold in Waren.

Der nunmehr bestehende Zustand ist allen bekannt. Es bleibt das Verdienst Walter Rathenaus, daß er eingeschrieben hat, Deutschland müsse bei Goldzahlungen zugrunde gehen. Daher das Wiesbadener Abkommen.

In diesem Abkommen waren vorgesehen, ein Lieferverband auf der einen Seite und Leistungsverbände auf der anderen Seite. In dieser Organisation sollten die deutschen Gewerkschaften als Kontrollorgane eingeschaltet werden.

Gegen diesen Plan kämpfte die französische Industrie im Verein mit Belgien und unter Ansetzung der üblichen Daumschrauben entstand das Bemmelmänn-Abkommen und in seiner weiteren Auswirkung der Stinnesvertrag als ein Sieg des Kapitalismus über die Gewerkschaften.

Daß die Gewerkschaften einmütig Gegner dieses Abkommens sind, bedarf nach der ganzen bisherigen Stellung keines weiteren Beweises. Alles was sonst erzählt wird, ist Unsinn und böswillige Verleumdung. — Um zusammenfassend die Last Deutschlands zu veranschaulichen, sei bemerkt, daß mit einer einzigen Jahresrate der Reparationszahlungen die notwendigen 1 1/2 Millionen Wohnungen in Deutschland gebaut werden könnten.

Zu allen diesen politischen und wirtschaftlichen Grausamkeiten kommt die Rattig der inneren Feinde des deutschen Volkes hinzu. Darüber ist in einer Arbeiterversammlung nicht viel zu sagen. Gegen diesen inneren Feind kann es nur einen Kampf bis aufs Messer geben, da uns die politische Macht fehlt, diesen Feind zu vernichten. Notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf ist die Einigkeit, die glücklicherweise noch in den Gewerkschaften vorhanden ist. Die Gewerkschaften sollen in ihrem Kampf die politische Partei nicht ersetzen, sondern sie nur unterstützen. Wenn die Gewerkschaften zur Linderung der Not des Volkes eigene Forderungen und ein eigenes Programm aufgestellt haben, so können wir uns über die Initiative nur freuen. Die Forderungen selbst sind Ihnen allen bekannt.

Die systematische Tätigkeit der Gewerkschaften wird nun gestört durch eine Aktion der „Kommunistischen Partei“, die mit Hilfe der Betriebsräte durch einen Betriebsrätekongress und Einsetzung von Kontrollausschüssen das große Problem lösen will.

Die Betriebsräte sind ein Teil der Gewerkschaften und haben kein Recht Sonderaktionen zu unternehmen. Der Betriebsrätekongress kann keinen Erfolg haben, denn er kann nicht erreichen:

1. daß der Friedensvertrag geändert wird,
2. daß die Bauern mehr Korn bauen und dadurch dem Volke billigeres Brot geliefert wird,
3. daß der Stinnesvertrag aufgehoben wird,
4. daß die internationale Schlagkraft in Frankreich hergestellt wird, da die Gewerkschaften und Parteien gestört sind.

Da die Führer dieser Bewegung selbst zugeben, daß nur eine internationale gemeinsame Bewegung Erfolg bringen kann und sie selbst verlangen, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiter hinter ihnen steht, verpufft diese Aktion, denn die Mehrheit der deutschen Arbeiter folgt den Gewerkschaften. Die Arbeiter werden auch durch diese neueste Parole der KPD wieder betrogen, wie sie so oft betrogen worden sind.

Nun zu dem speziellen Beruflichen. Die Lage im Papierfach ist besonders bedrohlich. Die Papierpreise haben den Weltmarktpreis erreicht, teilweise sogar mit den Ausnahmabgaben der Regierung und der Abgabe der Gebührenordnung um 40 Prozent überschritten.

Die verschiedensten Verhandlungen in den Ministerien haben zwar eine Krise hinausgeschoben, jedoch das Stinnesabkommen verlangt jährlich 1 1/2 Millionen Raummeter Holz, so daß die deutsche Papierindustrie völlig auf ausländische Holz-zutuh angewiesen sein wird.

Durch die Papierpreiserhöhung sind vielfach die Bestellungen auf Maschinen und Papier annulliert worden. Eine Stockung der Produktion ist nur in geringem Umfange eingetreten, da noch große Papiervorräte vorhanden sind. Durch die Papierpreiserhöhung ist ferner auch die Ausfuhr für die Papierverarbeitung unmöglich geworden, weil die Preise die des Weltmarktes übersteigen. Im übrigen bestehen recht ungleiche Verhältnisse in den graphischen Berufen. Im Buchdruck sind in der letzten Zeit viel Zeitungen eingegangen, die Arbeitslosigkeit ist auf 1650 bereits gestiegen und am 1. Oktober wird diese Ziffer weiter steigen. Besser liegen die Verhältnisse im Buchbindergewerbe, weil die gedruckten Bücher für den Weihnachtsmarkt noch

zu binden sind. Eine glänzende Konjunktur besteht nach wie vor in der Kartonagenindustrie. Eine Bestellung aus Pappen bei den Fabriken hat eine Lieferzeit bis zu einem Jahre, trotzdem nur eine geringe Menge ausgeführt wird. In unseren speziellen Berufen ist im Steindruckgewerbe Mangel an Arbeit noch nicht vorhanden. Es mangelt an Betriebskapital, wodurch eine Erschwerung der Produkte droht. In der Chemigraphie ist mit dem Rückgang der Zeitschriften ein Mangel an Aufträgen eingetreten. Die Lichtdruckpostkarte hat gegen den Tiefdruck sehr verloren, so daß auch in diesem Gewerbe Entlassungen bereits erfolgt sind.

Auf Grund der Verhältnisse hatten wir nun unsere Lohnverhandlungen zu führen. Wir wußten, daß sie sich äußerst schwierig gestalten würden. Das Ergebnis der Lohnverhandlungen ist natürlich von all diesen Faktoren beeinflusst und als die Gehilfenvertreter sich zu entscheiden hatten, ob sie das Ergebnis ablehnen oder annehmen sollten, entschieden sie sich für die Annahme.

Dieser Standpunkt kann auch nur den Kollegen empfohlen werden.

Zusammenfassend kann noch einmal gesagt werden:

Die besten Schutzorgane der Arbeiter sind die Gewerkschaften. Ohne die Autrechterhaltung der Einigkeit können wir nicht erfolgreich arbeiten. Es muß an vielen Stellen und mit vielen Hebeln zugleich gearbeitet werden. Wenn auch keiner ein absolutes sicheres Mittel weiß, das ins Freie führt, so wissen wir doch, daß in erster Linie die Änderung des Friedensvertrages zu erstreben ist. In weiterer Folge muß uns das Ausland zu Hilfe kommen, um die deutsche Wirtschaft völlig arbeitsfähig und ertragreich zu machen. Der Einfluß der deutschen Gewerkschaften würde wesentlich gestärkt, wenn es uns gelingt, bei der internationalen Arbeiterschaft Unterstützung zu finden. Erhalten wir die Einigkeit der deutschen Arbeiter, stärken wir die Macht und den Einfluß, den wir heute leider noch nicht in ausreichendem Maße haben.

Die Versammlung unterstrich diese Ausführungen mit reichem Beifall.

Als einziger Diskussionsredner sprach Kollege Globig, der in der Beurteilung der objektiven Situation mit Hab völlig einig war.

Globig steht aber auf dem Standpunkt, daß man eine Wirtschaft auch klassenmäßig betrachten muß. Erst kam die Hungersnot in Rußland, dann folgte Österreich und bald wird Deutschland im selben Maße heimgesucht sein.

Nicht nur der Friedensvertrag, sondern auch die Innenpolitik sei Schuld an dem Elend des deutschen Proletariats.

Die heutige Politik der SPD. sei nur die Fortsetzung ihrer Politik vom 9. November.

Die Arbeiterschaft muß in Aktion treten und dies wird erreicht durch den Betriebsrätekongress und durch Kontrollausschüsse, die in Hamburg und Ruhla ihre Wirksamkeit bewiesen.

Kollege Hab bewies im Schlußwort, daß hinter der Aktion der KPD. nicht die Mehrheit der Betriebsräte steht und daß die erhöhte Aktivität innerhalb der bestehenden Organisationen genügend Spielraum hätte.

Kein Gewerkschaftsmitglied darf seine Organisation deswegen verlassen, weil es mit seiner Meinung in der Minderheit geblieben ist, sondern jeder hat sich dem demokratischen Mehrheitsbeschluss unterzuordnen.

Eine Resolution für den Betriebsrätekongress des Fünftzähler-Ausschuss wurde gegen einige Stimmen abgelehnt.

## Allgemeines.

Voll für die gemeinsamen Interessen aller Spartakisten.

### Die Existenzverhältnisse auf Kuba.

Die Tatsache, daß trotz stärkester Anstrengung der Organisation die Kollegen unter unsern jetzigen Verhältnissen nicht zu dem kommen können, was sie für sich und ihre Familien notwendigerweise haben müssen, läßt den Verhältnissen im Ausland ein stärkeres Interesse entgegenbringen als es sonst der Fall war. Deshalb finden auch heute Berichte von Kollegen, die im Ausland beschäftigt sind, weit größere Aufmerksamkeit. Unsere bisher veröffentlichten Berichten aus dem Auslande können wir heute einen solchen über die Verhältnisse auf Kuba anstellen, den wir durch Berichte im „Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes“ vom 1. August 1922 ergänzen.

Die Insel Kuba ist mit 118 333 Quadratkilometern die größte in der Gruppe der großen Antillen. Die Insel erstreckt sich südlich der Halbinsel Florida von Osten nach Westen zwischen dem Wendekreis des Krebses und dem 26. Grad nördlicher Breite bzw. dem 74. und 85. Grad westlicher Länge. Die Bevölkerung, die nach der Zählung vom Jahre 1887 nur 1 631 687 Seelen betrug, ist bis zum Jahre 1919 um fast das Doppelte, auf 2 893 905, angewachsen. Das Klima ist tropisch heiß, dabei aber im allgemeinen nicht ungesund; allerdings kommen Lungenschwindsucht und Asthma vor.

Das Haupterzeugnis ist der Rohrzucker. Außerdem werden vornehmlich Tabak, dann aber auch Kaffee, Kakao, Mais und Kartoffeln, ferner Ananas, Bananen, Zitronen, Apfelsinen und Kokosnüsse auf den Markt gebracht.

Die während des Krieges einsetzende Hochkonjunktur für Zucker hat die meisten Pflanzler zur Vernachlässigung der anderen Kulturen veranlaßt. Als dann der Rückschlag in Gestalt einer erheblichen Senkung der Zuckerpreise einsetzte, wurde das Land in eine schwere Wirtschaftskrise verwickelt, deren Nachwehen noch heute im Geschäftsleben und auf dem Arbeitsmarkt zu spüren sind.

Die kubanische Regierung ist nunmehr bestrebt, die Bevölkerung von den Vorteilen zu überzeugen, die eine Einschränkung des Anbaus von Zuckerrohr zugunsten einer stärkeren Ausbeutung der übrigen natürlichen Hilfsquellen des Landes bieten würde.

Die Lebenshaltung in der Hauptstadt Habana ist außerordentlich kostspielig. Bei dem fühlbaren Wohnungsmangel helfen sich die Leute damit, daß mehrere Personen bzw. Familien in eine Wohnung ziehen, was naturgemäß völlig unhaltbare Zustände sowohl in gesundheitlicher wie moralischer Beziehung zur Folge hat. Der Monatsbedarf eines Jedigen Arbeiters muß mit 40 bis 50 amerikanischen Dollars angenommen werden, der eines ledigen Angestellten mit 60 bis 100 Dollars. Bei Verheirateten erhöht sich der angegebene Betrag entsprechend. Ein Handwerker verdient etwa zwei bis vier Dollars täglich, ein kaufmännischer Angestellter 125 bis 200 Dollars monatlich, Techniker und Ingenieure verdienen je nach Leistung 150 bis 250 Dollars. Im einzelnen werden bezahlt für landesübliche Unterkunft und Verpflegung bei bescheidenen Ansprüchen 1,50, in besseren Gasthöfen 3,25 Dollars täglich; für Verpflegung allein monatlich 25 bis 60 Dollars; für ein möbliertes Zimmer mit Verpflegung 50 bis 100, ohne Verpflegung 15 bis 30 Dollars monatlich. Leere Wohnungen sind, wie bereits oben angedeutet, wegen der zur Zeit herrschenden Wohnungsnot nur schwer zu haben.

Leichte Arbeitsanzüge kosten 15 bis 20, bessere 35 bis 50 Dollars; Hemden 1,25 bis 4 Dollars; Stiefel 4,50 bis 11 Dollars. Es ist demnach zu empfehlen, sich vor Antritt einer Stellung schon in Deutschland mit Kleidungsstücken reichlich zu versehen.

Die Kleinhandelspreise für Lebensmittel stellen sich für Brot auf 28, für Butter auf 160, für Fett oder Öl auf 50, für Fleisch auf 50 bis 80, für Speck auf 50, für raffinierten Zucker auf 12, für Kartoffeln auf 8 bis 16 Cents je Kilogramm. Ein Liter Milch kostet 15 bis 20, ein Ei 4 bis 6 Cents. Sonstige landesübliche Nahrungsmittel sind Bohnen, 20 bis 30 Cents, Reis 15 bis 20 Cents, Stockfisch 22 bis 30 Cents, Maismehl 15 Cents, Kichererbsen 28 bis 36 Cents je Kilogramm.

Bei den angegebenen Preisen sprechen die Großstadtverhältnisse Habanas mit, die an die Lebenshaltung höhere Ansprüche stellen als die einer Kleinstadt mit vorwiegend landwirtschaftlichen Interessen, wie zum Beispiel Matanzas. In den Städten des Innern läßt sich im allgemeinen die Wohnungsfrage auch leichter lösen.

Die Arbeitsverhältnisse sind auf der ganzen Insel zur Zeit äußerst ungünstig, die Aussichten, eine lohnende Beschäftigung zu finden, sehr gering, da selbst gut fundierte Häuser alle nicht unbedingt erforderlichen Kräfte entlassen.

Der erwähnte schlechte Geschäftsgang übt natürlich seinen Einfluß, auch auf unser Gewerbe aus. Er wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß Kuba verhältnismäßig wenig Industrie besitzt. Vorhandensein von Industrie aber ist eine der Hauptbedingungen für unser Gewerbe. In der Hauptsache liiert nur der Tabakbau, der ziemlich viel Zigarrenfabriken hat erstehen lassen, unserm Gewerbe Aufträge und gibt ihm so seinen Stempel.

Das lithographische Gewerbe ist nur in der Hauptstadt Habana vertreten. Ein kleines Geschäft, welches noch in einer kleinen Stadt existiert, spielt im Leben des kubanischen graphischen Gewerbes so gut wie keine Rolle. Die Möglichkeit des Wechsels des Arbeitsplatzes ist deshalb verhältnismäßig beschränkt, was seine Folgen für die Berufscollegen zeitigen mußte, solange ein organisatorischer Zusammenschluß nicht vorhanden war.

Der organisatorische Zusammenschluß der Berufscollegen ist aber in neuerer Zeit durch Gründung eines Verbandes vollzogen worden. Nach dreimonatiger Existenz des Verbandes wurde die Forderung des achtstündigen Arbeitstages eingereicht und durch einen fünfwöchigen Streik, ohne jegliche Zahlung von Unterstützung, auch zur Anerkennung gebracht. Die Arbeitszeit ist nun auch, ohne irgend welche Ausnahme, eine achtstündige. Später reichte der Verband infolge der Teuerung eine Lohnforderung ein, die ohne Streik zur Anerkennung gebracht werden konnte. Ist das Leben an sich hier schon sehr teuer, so ist es durch den Krieg, der die Preise ganz gewaltig in die Höhe trieb, noch viel mehr verteuert worden. Aber die oben geschilderten Verhältnisse machten ihre Wirkung auch auf den Stand der Preise geltend. Im letzten halben Jahre war deshalb ein Abbau der Preise zu bemerken, der sich jedoch nicht auf die Wohnungsmieten erstreckte. Die Wohnungsmieten sind immer noch unverändert hoch.

### Ortsberichte.

Saalfeld a. d. Saale. Wie im vorigen Jahre zur 450. Wiederkehr von Albrecht Dürers Geburtstag, so wird auch dieses Jahr zur 450. Wiederkehr von Lucas Cranach des Älteren und 425. Wiederkehr von Hans Holbein des jüngeren Geburtstag ein Vortrag eines Kollegen in der Volkshochschule mit Lichtbildern stattfindend. Durch diese drei Künstler nahm die bildende Kunst im Zeitalter der Reformation einen Aufschwung. Lucas Cranach der Ältere ist der „Hans Sachs der Malerei“ und der Hauptvertreter der fränkisch-thüringisch-sächsischen Schule, deshalb gerade für Mitteldeutschland besonders interessant. Der Tag des Vortrages, gegen Mitte Oktober, konnte noch nicht bestimmt festgesetzt werden und wird noch in den Tageszeitungen rechtzeitig bekannt gegeben. — Durch das so überaus zahlreich besuchte Konzert der Volkshochschule, in welchem der berühmte Violinvirtuose Florio, von Reuter seine große und vielseitige Kunst zum besten gab, angeregt, wird der Arbeiterbildungsausschub in Saalfeld noch zwei Konzerte dieses „Wundergeigers“ abhalten. Wer den größten Künstler, den man mit Recht den „Paganini des 20. Jahrhunderts“ nennen kann, noch nicht gehört hat, der möge ja diese Gelegenheit nicht versäumen diesen großen Künstler kennen zu lernen, damit die zwei Volkskonzerte unter Führung des Arbeiterbildungsausschusses auch so besucht werden wie das Konzert der Volkshochschule. Besonders auch die Kollegen vom Land, wo man vielfach nichts weiter hört als das ländlich-sittliche Tanzmusikgedudel in jetziger Kirmeszeit, mögen mit ihren Angehörigen zur wirklichen, reinen, echten und wahren Kunst erscheinen.

## Der Betriebsrat

### Der Ausschub des ADGB. gegen den Reichsbetriebsrätekongress.

Der vom 27. September ab tagende Ausschub des ADGB. beschäftigte sich unter anderem auch mit dem von gewisser Seite mit so viel Aufwand propagierten Reichsbetriebsrätekongress. Der Ausschub des ADGB. trat der von uns vertretenen Ansicht durch Zusammenfassung seiner Meinung in folgender Entscheidung bei:

„Die Veröffentlichungen der kommunistischen Partei in Zeitungen, Zeitschriften und Plakaten überbieten sich in den letzten Wochen in Verdächtigungen und Beschimpfungen der Gewerkschaftsleitungen, die alles frühere Maß überschreiten. Jedw. Aufklärung und Richtigstellung von Irrtümern bleibt vergeblich, die unsinnigsten Vorwürfe werden täglich aufs neue wiederholt mit einer Unwahrhaftigkeit und Bosheit, die keine Grenzen kennt und tiefsten Abscheu erregen muß.“

Diese Methode der kommunistischen Agitation soll bezwecken, das Vertrauen der unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Notlage leidenden Arbeiterschaft zu den Gewerkschaftsleitungen zu erschüttern. „Deshalb wird letzteren tagtäglich nicht nur die Fähigkeit, sondern überhaupt der Wille abgestritten, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Aus dieser läghaften Darstellung sollen die Arbeiter die Folgerung ziehen, daß an Stelle der Gewerkschaftsleitungen jetzt die Betriebsräte die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand nehmen müßten.“

Demgegenüber stellt der Ausschub des ADGB. fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsräte-Kongress lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll. Die Gewerkschaften müssen es aus Selbstachtung und im allgemeinen Arbeiterinteresse ablehnen, einer Parole der kommunistischen Partei zu folgen.

Der Ausschub verweist auf die Beschlüsse des ersten Reichsbetriebsrätekongresses und des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften klarstellen. Wie die Gewerkschaftsleitungen sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung voll bewußt sind, so erwartet der Bundesausschub auch von den Betriebsräten, daß sie die angestrengten Bemühungen der Gewerkschaften im Rahmen ihres Aufgabengebiets unterstützen. Wir alle seitherigen Versuche der kommunistischen Partei, den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen, so muß auch der jetzige, mit so vielen unzulässigen Mitteln unternommene an dem gesunden Sinn und dem entschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft zum Scheitern gebracht werden.“

Das es sich bei der Propaganda des Reichsbetriebsrätekongresses tatsächlich nur um das Kochen von Parteisuppen dreht, beweist mit voller Deutlichkeit der Verlauf der Generalsammlung der Betriebsräte des Stuttgarter Industriegebietes, in der Genosse Dr. Einstein in einem Referate über die Lage der deutschen Wirtschaft folgende Fragen zur Beantwortung vorlegte:

Was kann der Reichsbetriebsrätekongress tun: 1. um die Währung zu stabilisieren, 2. um die Mark zu heben, 3. um die Papiergeldwirtschaft zu bekämpfen? 4. Kann der Reichs-

(Fortsetzung in der Beilage.)

betriebsrätekongress die passive Handelsbilanz beseitigen, 5. die Ermäßigung der Reparationsverpflichtungen erreichen, 6. die Devisenerträge für das Deutsche Reich steigern, die sich aus den Verkäufen nach dem Ausland ergeben? 7. Wird der Reichsbetriebsrätekongress die Teuerung ausschalten auch bei Steigung des Kurses der fremden Zahlungsmittel? 8. Wie will der Reichsbetriebsrätekongress die auch organisatorisch große Frage der Kontrolle der Produktion lösen in Beachtung der Tatsache der vorhandenen großindustriellen Riesenorganisationen (Trusts). 9. Und wenn die Kontrolle dem Industriekapital gegenüber durch Maßnahmen des Reichsbetriebsrätekongresses durchgeführt werden sollte, wie soll dann die Kontrolle des Finanzkapitals erfolgen, in dem das Herz der deutschen Wirtschaft schlägt? 10. Wie will der Reichsbetriebsrätekongress die Warenbeschlagnahme durchführen ohne die Produktion stillzulegen?

Unser Kollege Tittel, der für den Reichsbetriebsrätekongress eintritt, mußte sachlich seine Übereinstimmung mit den Ausführungen erklären. Die Kommunisten seien sich darüber klar, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft wirksam den gegenwärtigen Zuständen nicht begegnet werden könnte. Auch nach Kollegen Tittel wird der Reichsbetriebsrätekongress nicht einberufen, um irgendwelche Gegenwartsforderungen durchzusetzen, sondern um Aktionen einzuleiten. Welchen Zwecken diese Aktionen dienen sollen, ist mit Händen zu greifen. Die von den Stuttgarter Betriebsräten angenommene Entschließung trifft schon das Richtige, wenn sie unter anderem sagt:

„Der von kommunistischer Seite empfohlene Reichsbetriebsrätekongress kann die Aufgabe, die Teuerung auszuschalten, niemals erfüllen. Diese neue Parole ist aber außerdem auf das schärfste zu bekämpfen, weil sie zu einer Lockerung der gewerkschaftlichen Macht führt und deshalb die Vorbedingung jedes kraftvollen Eingreifens in der gegenwärtigen Situation raubt.“

Wer diesen Reichsbetriebsrätekongress unterstützt, schwächt die Macht der Gewerkschaften. Die Betriebsräte aber werden nur mit den Gewerkschaften erfolgreich sein oder — sie werden nicht sein!

## Photogr. Mitarbeiter.

### Was ist zu tun?

Die Not der in der Porträtphotographie beschäftigten Gehilten und Gehilftinnen schreit zum Himmel. Nicht nur, daß durch die Umwertung aller Werte, durch den Zwang der breiten Volksmassen, ihre ganzen Einkünfte lediglich zur Deckung des notwendigsten Lebensbedarfes zu verwenden, ein starker Rückgang in der Beschäftigung eingetreten ist, sondern die Entlohnung der noch in Beschäftigung stehenden hat einen Tiefstand erreicht, der kaum noch zu überbieten sein dürfte. Ist doch jetzt in der Entlohnung der Berufsarbeiter tatsächlich der Zustand eingetreten, daß eine vollleistungsfähige Gehilfin nicht besser entlohnt wird als ein Lehrling anderer Berufsgruppen im vierten Lehrjahre. Daß mit einem solchen Lohne eine Existenz unmöglich ist, bedarf keiner besonderen Begründung und daß bei einer solchen Entlohnung nichts übrig bleibt, auch für Kleidung zu sorgen, ist selbstverständlich. Auch der Habitus der Porträtphotographen ist deshalb in einer Verfassung, der jeder Beschreibung spottet. Das wissen auch die Atelierbesitzer. Aber anstatt nun aus dieser Tatsache die Schlußfolgerung zu ziehen, ihre Berufsarbeiter so zu entlohnen, daß sie in der Lage sind, sich den Anforderungen des Berufes entsprechend kleiden zu können, wählen die Unternehmer den für sie vorteilhafteren Weg und machen bei Neueinstellung von Arbeitskräften zur Bedingung, daß die Einzustellenden mit entsprechender Kleidung auch versehen sind. Wer diesen Anforderungen nicht entsprechen kann, ist verurteilt, immer auf dem Straßenpflaster zu liegen. Die Anzeigen, in denen Arbeitskräfte gesucht werden, sind in dieser Beziehung manchmal so brutal, daß hier ein Übertrumpfen unmöglich ist. Dem muß unter allen Umständen gesteuert werden!

#### Was ist da nun zu tun?

Eine Antwort hierauf gibt uns das Verhalten der Gehilten und Gehilftinnen des Grazer Porträtphotographiegewerbes. Auch hier waren die Berufsarbeiter der Porträtphotographie mit ihren Löhnen in einen Rückstand geraten, der unter allen Umständen ausgeglichen werden mußte. Gepflogene Verhandlungen mit den Atelierbesitzern führten zu keinem brauchbaren Ergebnis. Da auch noch der zwischen der Genossenschaft der Photographen und den im österreichischen Senefelderbund organisierten Photographen geschlossene Tarifvertrag gekündigt wurde und kein neuer Vertrag zum Abschluß kam, wurde der Streik proklamiert. Vier Wochen lang dauerte der Streik, der von beiden Seiten mit größter Zähigkeit geführt wurde. Alle die Erscheinungen, die bisher jeder Streik zeitigte, waren auch bei diesem Streik zu beobachten. Selbst das Wirken von Streikbrechern konnte die Strei-

kenden in ihrem Ziele nicht irren machen. Immer wieder wurde von den Streikenden bekundet, daß sie den ihnen von einem sozialen Empfinden baren Unternehmertum aufgezwungenen Kampf trotz aller Einschüchterungsversuche zu Ende führen werden.

Und dieser Kampf wurde zu Ende geführt. Nach vierwöchiger Dauer erklärten sich die Unternehmer bereit, den von der Genossenschaft gekündigten Vertrag zu erneuern. Die Löhne wurden in der untersten Stufe verdoppelt und in der zweiten Woche nach Wiederaufnahme der Arbeit weiterhin erhöht. In allen übrigen Lohnstufen wurde eine 100 prozentige Erhöhung zugestanden.

#### Und die Moral von der Geschichte?

Auch für die Berufsarbeiterschaft des Porträtphotographiegewerbes gibt es keine andere Möglichkeit zu wenigstens einigermaßen Existenzbedingungen zu kommen, als durch festen organisatorischen Zusammenschluß sich die Existenzbedingungen zu erkämpfen. Das Schöntun mit den Atelierbesitzern in der Hoffnung, durch zukünftige Selbständigkeit ebenfalls zu diesen Kreisen zu zählen, ist eine Illusion und bringt nicht vorwärts. Auch die deutschen Porträtphotographen müssen sich, mag es ihnen noch so schwer fallen, zu der Erkenntnis durchringen, daß nur durch festen organisatorischen Zusammenschluß der Widerstand der Atelierbesitzer gegen ausreichende Löhne gebrochen werden kann. Jeder einzelne Berufsangehörige muß zu einem Agitator und Organisator der Gehilten und der Gehilftinnen werden, um sie den im Central-Verband vereinigten Atelierbesitzern entgegen stellen zu können. Der *Verband der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe* muß das organisatorische Sammelbecken für die Porträtphotographen sein, um mit vereinter Kraft erkämpfen zu können, was auf dem Wege der Verhandlung nicht zu erreichen ist. Das Zeitalter der Organisation macht auch für Porträtphotographen keine Ausnahme. Wer nicht versteht, die vielen Einzelkräfte zu einer großen gewaltigen Kraft zusammenzuballen, wird als einzelner zwischen den Mühlensteinen der Entwicklung unbarmherzig zermalen. Als einzelner, gestützt auf sein persönliches Können, seine persönliche Kraft, ist er ein Nichts, über den die Zeit eintach hinweggeht. Das dem so ist, zeigt mit aller Deutlichkeit die Entlohnung der Berufsangehörigen der Porträtphotographie, die zum Himmel schreit, die aber nur erst dann den Verhältnissen entsprechend gestaltet werden kann, wenn auch dieser Teil der Lohnempfänger die Erkenntnis gewonnen hat, daß nur fester organisatorischer Zusammenschluß eine Besserung zu bringen in der Lage ist.

Wenn wir uns deshalb die Frage vorlegen, was zu tun ist gegen die zur Zeit geradezu hundsmäßige Entlohnung der Beschäftigten in der Porträtphotographie, dann gibt es nur die eine Antwort: Hinein in den Verband der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe! Das Grazer Beispiel sollte uns genügend Lehre sein.

## Die Tapetenbrande.

### Der revidierte Formstechertarif.

Wie schon in voriger Nummer der „Graphischen Presse“ bei Bekanntgabe des vom 30. September bis 20. Oktober lautenden Lohnabkommens berichtet, wurden am 2. und 3. Oktober die fälligen Tarifrevisionsverhandlungen in Bremen geführt. Es waren nur Revisionsverhandlungen, weil von keiner Vertragspartei eine Kündigung des Tarifes ausgesprochen worden war. Verhandlungsführer waren auf Gehiltenseite die Kollegen Haß und Liegener, Berlin, Rothenkirchen, Köln, und Unger, Einbeck. Ferner nahm an der Verhandlung der Schriftleiter der „Graphischen Presse“, Kollege Ronnger, teil. Die Unternehmer waren vertreten durch die Herren Hiedemann, Schreyer, Oschmann, Jentsch, Fochem, Saaltel und Hsmann. Die von der Formstecherkonferenz beschlossenen Anträge zur Revision des Tarifes waren durch die Verbandsleitung den Unternehmern vorher eingereicht, während die Unternehmer von der mündlich getroffenen Vereinbarung Gebrauch machten, Anträge bei den Verhandlungen stellen zu können. Stellten die Unternehmer sächlich auch nur zwei Anträge, so waren beide Anträge doch so einschneidender Natur, daß sie fast das Tarifgebäude in Frage stellten. Die Formstechereibesitzer verlangten nichts mehr und nichts weniger, als Grund der Beschlüsse der Handwerks- und Gewerbekammertage die Regelung des Lehrlingswesens ganz aus dem Tarif heraus zu nehmen und die Verwaltung des paritätischen Arbeitsnachweises in die Hand ihres Syndikates zu legen. Die weiter verlangte Verlängerung der Anlernungszeit der Hilfsarbeiter war mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit.

In der Generalaussprache, die der Beratung der einzelnen Tarifpositionen vorausging und die Revisionsberatungen eröffnete, wurde die Lage des Formstechergewerbes von allen Seiten beleuchtet. Sowohl Herr Hiedemann wie Kollege Haß besprachen die Lage des Formstechergewerbes eingehend und zogen die sich daraus ergebenden Schlüsse. Da es im Interesse nicht nur des Gewerbes, sondern auch im Interesse der Kollegen liegt, daß auch wir nach Beendigung der Bericht-

dieser Frage Stellung nehmen, mag einstweilen diese Frage ausschalten. Im übrigen sprach Herr Hiedemann im Namen der Formstechereibesitzer seine Bereitwilligkeit, weiter die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Reichstari zu regeln, aus, wünschte, daß die Tarifkommission wieder zu einer Verständigung kommen möge und gab den Antrag der Unternehmer bekannt, auf Grund der ergangenen Entschiede die Regelung des Lehrlingswesens aus den Tarif herauszunehmen.

Kollege Haß betonte ebenfalls, daß auf Gehilten-seite der Wunsch vorhanden sei, den Tarif auch für die kommende Zeit aufrecht zu erhalten. Obwohl noch nicht alle Positionen des Tarifvertrages voll und ganz durchgeführt seien, insbesondere die Feinarbeit immer noch nicht verschwunden wäre, habe der Tarif doch für beide Vertragskontrahenten Vorteile gebracht. Die von den Gehilten gestellten Revisionsanträge sollten eine Angleichung an die Verhältnisse der übrigen graphischen Arbeiter bringen. Deshalb sei der Wochenlohn geordert worden; ferner die Bezahlung eines Teiles der Versämnisse nach § 616. Obwohl auf Gehilten-seite der Wunsch auf Erhaltung des Tarifes besteht, seien die Gehilten über die gezahlten Löhne sehr unzufrieden. Die tariflich festgesetzten Löhne seien Mindestlöhne aber nach Ansicht der Gehilten betrachten die Unternehmer diese tariflichen Löhne als Maximallöhne. Wenn dem so wäre, müßte entschieden Widerspruch dagegen erhoben werden. Da ganz ohne Zweifel die Entlohnung für die letzte Zeit völlig unzureichend gewesen wäre und das Gewerbe die Verpflichtung hätte, seine gelernten Arbeiter existenzfähig zu erhalten, sei der Antrag auf Nachzahlung von 10 Mark die Stunde ab 15. September gestellt worden, um die Kollegen wenigstens in etwas für die rapide Teuerung zu entschädigen.

Wie schon des öfteren in den übrigen Gewerben, lehnten auch die Formstechereibesitzer die Gewährung einer Nachtragszahlung mit der Begründung ab, daß sie diese Summen von ihren Auftraggebern, den Tapetentfabrikanten des In- und Auslandes nicht zurück erhalten könnten, ihre Finanzkraft es aber nicht gestatte, diese Last von sich aus zu tragen. Auch ein nach Schluß der Revisionsverhandlungen gestellter Antrag bei den Lohnverhandlungen, eine einmalige Beihilfe von 500 Mark an alle im Gewerbe Beschäftigten zu zahlen, fand unter der gegebenen Begründung keine Zustimmung auf Unternehmerseite.

Nach dieser Aussprache wurde in die Beratung der einzelnen Tarifpositionen eingetreten. Der zu § 2, Arbeitszeit, von den Berliner Unternehmern gestellte Antrag, auch für Berlin die tarifliche Arbeitszeit in Geltung zu setzen, wurde nach Hinweis der Gehiltenvertreter, daß hier eine freie Vereinbarung örtlicher Natur vorliegt und bessere Verhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen, abgelehnt.

Eine längere Aussprache entspann sich über § 3 des Tarifes, Mindestlohn. Wie schon im Konferenzbericht hervorgehoben, forderten die Kollegen grundsätzliche Anerkennung des Wochenlohnes. Aus gewerblichen Gründen lehnten die Unternehmer mit aller Entschiedenheit den Wochenlohn ab. Auch die durchschlagende Beweisführung der Gehiltenvertreter vermochte nicht, bei den Unternehmern eine Sinnesänderung herbei zu führen. Zu einer gleich ersten Aussprache führte die von den Gehiltenvertretern unter Beweis gestellte Behauptung, daß die Unternehmer die tariflichen Mindestlöhne als Maximallöhne betrachten. Wurde auch, zum Teil etwas impulsiv, die gemachte Angabe über unternehmerliche Anweisungen, nicht mehr als den Tariflohn zu zahlen, als falsch bezeichnet, so wurde doch zugestanden, daß der Tariflohn infolge des Einheitslohnes nicht überzahlt werden könne. Einen weiteren Punkt der Auseinandersetzungen bildete die Hilfsarbeiterentlohnung und Festsetzung der Zeit der Anlernung von Hilfspersonal. Dem Antrag der Gehilten, die Löhne der Hilfsarbeiter auf 90 Prozent der Gehiltenlöhne zu bemessen, stellten die Unternehmer einen Antrag auf 75 Prozent gegenüber. Ferner forderten sie die Festsetzung einer Anlernungszeit für Hilfspersonal von 6 Monaten, in der die Löhne frei zu vereinbaren sind. Da die Einführung des Wochenlohnes bei der diesmaligen Beratung des Tarifes bei der ablehnenden Haltung der Unternehmer keine Aussicht auf Annahme zeigte, forderten nun die Gehiltenvertreter die Streichung einer Altersklasse und die Einsetzung der Stundenlöhne in den Tarif, die zu Beginn der Laufzeit des Tarifes Gültigkeit haben. Nach erneuter Aussprache im Plenum und nach eingehenden Sonderberatungen wurde zu § 3, Mindestlohn, dann folgendes beschlossen:

Die Altersstufen sind: Im 1. Jahre nach Vollendung der Lehrzeit bis zum 21. Lebensjahre, vom 21. bis zum 24. Lebensjahre, und über 24 Jahre alt. Der letzte Satz im Absatz 2 des § 3 des bisher gültigen Tarifes erhält folgende Fassung:

„Für Anlernung besteht eine Lehrzeit von 4½ Monaten. Während dieser Zeit können die Löhne für Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen frei vereinbart werden.“ Mit Streichung des Satzes der Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne um 20 Prozent und unter Beachtung der angegebenen Änderungen bleibt der § 3 in seiner alten Fassung.

(Schluß folgt.)

# TOTENLISTE

1922.

† Am 5. Juni in Breslau **Paul Philipp**, Steindrucker aus Festenberg, Kreis Wartenberg, 73 Jahre alt, an Altersschwäche und Arterienverkalkung, Invalide seit 13 Januar 1906. — Eingetretten in Breslau am 1. Januar 1893.

† Am 26. Juli in Berlin **Georg Angermann**, Photograph aus Neustettin, 20 Jahre alt, an Grippe und Lungentuberkulose, krank 15 Wochen und 3 Tage — Eingetretten in Berlin am 31. Juli 1921.

† Am 3. August in München **Wilhelm Eggel**, Photograph aus München, 45 Jahre alt, an Herzschwäche infolge einer Kopfoperation, krank 4 Tage. — Eingetretten in München am 13. August 1916.

† Am 4. August in Berlin **Hermann Fritsche**, Chemigraph-Andrucker aus Fibighal in Böhmen, 61 Jahre alt, an Darmkrebs, krank 7 Wochen und 4 Tage. — Eingetretten in Berlin am 10. September 1916.

† Am 9. August in Leipzig **Alfred Hildebrandt**, Lithograph aus Leipzig, 24 Jahre alt, an Tuberkulose, krank 37 Wochen und 1 Tag. — Eingetretten in Leipzig am 3. August 1919.

† Am 10. August in Meißen **Berthold Schmidt**, Steindrucker aus Coburg, 57 Jahre alt, an Herzmuskellähmung, krank zuletzt 15 Wochen und 4 Tage. — Eingetretten in Cölln a. d. Elbe am 7. Oktober 1893

† Am 10. August in Hamburg **Karl Spethmann**, Steindrucker aus Altona, 72 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 12 Juli 1914 — Eingetretten in Hamburg am 31. Dezember 1895.

† Am 14. August in Stuttgart **Lebrecht Brauchli**, Steinschleifer aus Berg (Canton Turgau, Schweiz), 87 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 2. Juli 1916. — Eingetretten in Konstanz am 1. Januar 1893.

† Am 14. August in Lübeck **Karl Reiter**, Steindrucker aus Lübeck, 67 Jahre alt, an Herzaderverkalkung, Invalide seit 6. Januar 1918. — Eingetretten in Lübeck am 1. Januar 1893.

† Am 15. August in Lübeck **Franz Schurmann**, Chemigraph aus Rudolstadt, 44 Jahre alt, an Nierenleiden und Herzschwäche, krank 1 Woche. — Eingetretten in Leipzig am 25. Februar 1906.

† Am 16. August in Görlitz **Alfred Stempniewski**, Steindrucker aus Görlitz, 24 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 42 Wochen und 3 Tage. — Eingetretten in Görlitz am 2. Mai 1920, (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 21. April 1912.)

† Am 20. August in München **Jakob Schalk**, Lithograph aus München, 20 Jahre alt, durch Unglücksfall. Er stürzte in den bayrischen Alpen (Kampfenwand) ab und war sofort tot. — Eingetretten in München am 31. August 1919 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 29. Dezember 1918)

† Am 29. August in Berlin **Max Zimmermann**, Steindrucker aus Berlin, 59 Jahre alt, an Lungentzündung, Invalide seit 25. April 1922. — Eingetretten in Berlin am 1. Februar 1884.

† Am 29. August in Leipzig **Albert Heermeyer**, Chemigraph aus Leipzig-Reudnitz, 39 Jahre alt, an Nervenleiden, krank 3 Jahre und 15 Wochen. — Eingetretten in Leipzig am 18. November 1906.

† Am 30. August in Mannheim **Paul Gräbner**, Steindrucker aus Leipzig, 45 Jahre alt, an Herzerweiterung, krank 22 Wochen und 3 Tage. — Eingetretten in Meißen am 11. März 1895.

## Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**

**1 Zink-Umdrucker**  
und  
**1 Offset-Maschinenmeister**  
nur erstklassige Arbeiter gesucht.  
**SIGMUND SPEAR, Kunstanstalt, Nürnberg.**

**2 kartographische Zeichner,**  
**2 Kartolithographen,**  
**3 Steindruck-Maschinenmeister,**  
**3 Umdrucker.**  
letztere speziell für kartographischen Umdruck, für sofort gesucht.  
**Flemming-Wiskott, Glogau.**

Zur Unterstützung der Betriebsleitung  
**FACHMANN**  
aus der Metallschilder-Fabrikation  
als Abteilungsleiter gesucht  
**Nürnberg Metallwerk Lessinger & Heymann, Nürnberg 9.**

**Tüchtiger Offset-Maschinenmeister**  
zum sofortigen Eintritt gesucht.  
**Eder & Krische, Hannover.**

**Kaufe einige Jahrgänge (gut erhalten)**  
**MEISTER DER FARBEN**  
Preisofferten an  
**J. KOPF, Chemigraph, FRANKFURT A. M., Marlin Lutherstr. 22.**

## Lithographie (Export) Lithographie

Den patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

## Schleif- und Polierstein



**Marke Marlith**

liefert in Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein in Form von Handsteinen (auch zum Einspannen in die Maschine.) Maschinensteinen Durchmesser 22, 26, 32 cm, 7 cm Höhe Gewicht etwa 4, 5, 7 kg.

Masse zum Selbstgießen in 1 kg Blöcken. Muster (1-4), sowie Prospekt auf Wunsch gerne zu Diensten. Exporteure: **Rabatt.**

**Marlith-Kunststein-Werk Distler & Wenzel,**  
München, Theresienstraße 76

**Lithographischer Maschinenmeister**  
nicht unter 25 Jahre, ledig, für Chromo u. Merkantill zum sofortigen Eintritt gesucht.  
**Kornsand & Co., Lith. Kunstanstalt, Frankfurt a. M., Outletstraße 110.**

**Maschinenmeister für feinen Chromodruck, Umdrucker**  
für dauernde Stellung gesucht.  
**J Rothschild, Offenbach a. M.**

**Notendrucker**  
zu sofort gesucht. Bewerbungen mit Lohnforderung erbeten an  
**Moritz Dreßlig, Hamburg 5, Lindenstraße 41.**

Tüchtiger, erfahrener  
**Maschinenmeister**  
für Packungen (Flückerdruck) zum baldigen Eintritt in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Angebote mit Angaben über selbsterbige Tätigkeit, des Alters und Gehaltsansprüchen an  
**J. M. Hirschmann, Lithogr. Kunstanstalt, Offenbach a. M.**

**Verschiedenes**  
**Der praktische Umdrucker**  
von Bernhard Enders.  
3. Auflage. 4.-6. Tausend.  
Verlag Conr. Müller, Scheideitz-Leipzig  
Preis Mk. 25.- inkl. Porto bei vorheriger Einsendung auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 oder per Nachnahme 4.- Mk. mehr.

**Graphische Fachklassen**  
Veranstaltungen für Stein-, Zink- u. Offsetdruck, Photomechanische Verfahren, Lithographie. Auskünfte durch d. Direktion der Kunstgewerbeschule in **Barmen**

**Leicht wird der Zinkdruck wenn Sie Zinkdruckplatten**  
von **Karl Mess** verwenden  
**BERLIN SO 36, Wienerstr. 50, FERNRUUF MORITZPLATZ, 12289**

**Routingfräser Fadensichel, Roulettes**  
sowie sämtliche Fassettmesser. Reparaturen schnellstens.  
**C. Neumann & Sohn, Berlin SO 33, Köpenicker Str. 147.**

**Kunstgewerbeschule Barmen**  
**Sonderkurse**  
im Gesamtgebiet des Offsetdrucks  
Dauer: 1-2 Monate, je nach Vorbildung  
Prospekte d. Direktor Prof. Mostenbruck

**Original-„KUMV-Fräser“**  
anerkannt das beste Werkzeug für die Kirsch-Fabrikation, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und großes Schneiden. — In allen Größen zu haben.  
**Paul Berndt, Präzisionswerkzeug-Fabrik Berlin S 59 Kottbuser Damm 22 (Moritzplatz 16611).**

**Beste Zink-DRUCK-Platten**  
Tubakale Salze für Zinkdruck-Anschmelze  
Zinkschmelze in Form von Platten  
— Die beste, beste Qualität.

**Dr. Otto C. Strecker Darmstadt**  
**Sachgeschäft für Zink- und Gummi-Druck**  
Sonderarbeiten:  
Agen für die beschriebenen Zwecke.  
Zusammenfassung: Zinkplatten u. alles Zubehör zur Ausübung des Zinkdruckverfahrens.  
Bestellen Sie die besten und besten Ausführung meiner Warenliste u. best. Anleitung. Das ist das Zinkdruckverfahren. Zeige Schreifer, werden Ihnen nützliche Ratgeber sein.

**Zinkdruckplattenfabrik G. m. b. H.**  
Berlin SO 16, Köpenicker-Str. 40/41  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 15448  
liefert

Zinkdruckplatten für Lithographie und Offset, sowie sämtliche Materialien für d. Zinkdruck. Des ferneren Schleifen und Körnen gebrauchter Zinkplatten.